

Einladung

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 05.07.2011, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 23.06.2011

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|---|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.04.2011 | |
| TOP 4 | Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen im Gebiet der Gemeinde Rastede | |
| | Vorlage: 2011/076 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 5 | Entwicklung des Haushaltes 2011 | |
| | Vorlage: 2011/112 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 6 | Anstalt öffentlichen Rechts "Ausschreibungsverbund Ammerland" | |
| | Vorlage: 2011/109A | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 7 | Bericht des Bürgermeisters | |
| TOP 8 | Schließung der Sitzung | |

Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Bürgermeister stellen können.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2011/076**

freigegeben am 31.03.2011

GB 2

Sachbearbeiter/in: Fritz Sundermann

Datum: 31.03.2011**Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen
im Gebiet der Gemeinde Rastede****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	05.07.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen im Gebiet der Gemeinde Rastede, die sich außerhalb der Wohnungen ihrer Halter frei bewegen, wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:**Allgemein**

Im Herbst 2010 wurde vom Tierschutzverein Ammerland e.V. die Einführung des so genannten „Paderborner Modell“ zur Eindämmung der unkontrollierten Vermehrung von Katzen angeregt. Bereits im VA vom 23.11.2010 wurde unter Anfragen und Hinweise zu dieser Problematik berichtet und darauf hingewiesen, dass die Thematik in der nächsten Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz näher erörtert werden würde. Hintergrund waren die Gespräche mit dem Tierschutzverein und ein Schreiben einer Rasteder Bürgerin an alle Fraktionen.

Auf Kreisebene wurde die Vorbereitung eines einheitlichen Verordnungstextes durch den LK vereinbart. Hierzu hat am 31.03.2011 ein Abstimmungsgespräch zum Erlass einer einheitlichen Verordnung durch alle Ammerlandgemeinden bzw. die Stadt Westerstede stattgefunden. Als Ziel wurde der jeweilige Erlass einer Verordnung noch vor den Sommerferien sowie ein möglichst einheitliches Inkrafttreten zum 1.8.2011 vereinbart.

Begründung zum Erlass der Verordnung

Trotz erheblicher Kastrations- und Versorgungsbemühungen des Tierschutzvereins Ammerland e. V. hat die Zahl der verwildert lebenden Katzen in der Gemeinde Rastede stark zugenommen. Damit korrelierend entwickelte sich auch die Zahl der als angebliche Fundtiere aufzunehmenden Katzen wie folgt nach oben:

2008: 12

2009: 26

2010: 37

Für jede Fundtierkatze stellt der Tierschutzverein Ammerland, welcher mit der Versorgung und Betreuung dieser Tiere beauftragt wird, der Gemeinde Rastede aktuell einen Betrag in Höhe von 60,00 Euro in Rechnung. Von diesem Betrag wird die Kastration der Katze bezahlt sowie die Futter- und Betreuungskosten beglichen. Allerdings hatte der Tierschutzverein wegen der hohen Katzenpopulation und der damit einhergehenden hohen Nachfrage nach Katzenpflegestellen in der Vergangenheit auch bereits einen Aufnahmestopp bekannt geben müssen. Für den Tierschutzverein ist es sehr schwierig, nicht an den Menschen gewöhnte Katzen in häusliche Pflegestellen aufzunehmen. Eine Vermittlung dieser Tiere ist darüber hinaus nahezu aussichtslos.

Die anhaltend hohe Katzenpopulation bindet somit bereits gegenwärtig erhebliche finanzielle Ressourcen der Gemeinde Rastede und des Tierschutzvereins und führt zu Problemen bei der Umsetzung des Fundtierrechts.

Darüber hinaus resultieren aus der hohen Populationsdichte, welche sowohl in den Orts- als auch in den Außenbereichen der Gemeinde Rastede festzustellen ist, nachfolgende abstrakte Gefahren im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG):

1. Gesundheitliche Gefahren für Menschen

Gesundheitliche Gefahren ergeben sich für den Menschen aus der möglichen Ansteckung mit sog. Zoonosen, d. h. mit Erkrankungen, die von der Katze zum Mensch übertragen werden können (z.B. Infektionen mit Viren, Bakterien, Pilzen oder Parasiten). Die Ansteckung erfolgt über direkten Kontakt (z.B. Pilzinfektionen, Toxoplasmose, Flohbefall, Band- und Spulwurminfektionen) oder über den Kontakt mit Kot/Harn oder den Sekreten infizierter Tiere (z.B. Band- und Spulwurminfektionen, Toxoplasmose, Chlamydieninfektionen, Bartonellose). Da Katzen ihre Exkremente in lockerem Erdreich vergraben, sind häufig Sandkästen betroffen, sodass insbesondere für Kinder ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht. Mit zunehmender Anzahl von infizierten Katzen ist insgesamt auch mit einem Anstieg des Infektionsrisikos für den Menschen zu rechnen.

2. Leiden kranker Katzen

Auch im hiesigen Raum sind Katzenkrankheiten verbreitet, die ohne Impfung kaum zu verhindern und ohne Therapie kaum beeinflussbar sind. Hierzu zählen vorrangig der Katzenschnupfen, die Katzenschleimhautentzündung, die Leukose, die feline infektiöse Peritonitis (FIP), das feline Immunodeficiencyvirus oder Katzenaids (FIV). Da es sich hierbei um virale Erkrankungen handelt, besteht eine hohe Ansteckungsgefahr von Katze zu Katze, sofern die Tiere nicht durch Impfungen geschützt sind. Letzteres ist jedoch bei wildlebenden freilaufenden Katzen, insbesondere bei massiven Populationssteigerungen in der Nähe von Wohnsiedlungen, wenn die Tiere lediglich mit Futter versorgt, aber ansonsten nicht betreut werden, nicht gegeben. Darüber hinaus besteht bei mangelernährten Tieren neben den o. g. Erkrankungen auch ein zusätzliches Infektionsrisiko für nicht virale Erkrankungen, wie z.B. Pilzinfektionen oder ein Befall mit Ektoparasiten. Da erkrankte wildlebende Tiere in der Regel nicht behandelt werden, resultiert hieraus ein erhebliches Leiden für diese Tiere.

Zu 1. und 2.: Da die Fortpflanzung in der Regel aber nicht durch diese oft mit schwerwiegenden gesundheitlichen Symptomen einhergehenden Erkrankungen oder durch Mangelernährung gemindert wird, ist bei nicht kastrierten Populationen insbesondere auf die Folgewirkungen hinzuweisen:

Die Populationen vergrößern sich trotz Virusinfektionen und/oder anderer Erkrankungen und trotz Mangelernährung weiter. Bei geschwächten Katzen kommen oft mehrere Infektionen nebeneinander vor, auch die unter Punkt 1) genannten, für den Menschen bedeutsamen Erkrankungen. Durch mehr infizierte Katzen steigt insgesamt auch das Infektionsrisiko für den Menschen.

Da zudem das Nahrungsangebot mit zunehmender Tierzahl knapper wird und die Tiere aufgrund der Symptome (z.B. bei Katzenschnupfen u. a. durch Entzündungen von Auge und Nase) und durch Sekundärinfektionen nicht mehr in der Lage sind Beutetiere zu jagen, gehen viele der infizierten Katzen ohne Behandlung elendig zugrunde.

3. Belästigung der Bevölkerung

Exkrememente und andere Ausscheidungen, welche Katzen auf privaten Grundstücken hinterlassen, sind vielfach Thema von Beschwerden aus der Bevölkerung. Daneben wird auch das Mitansetzen müssen von leidenden Katzen, das Auffinden von toten Tieren sowie das Betteln von freilaufenden möglicherweise mangelernährten Katzen nach Futter problematisiert. Der Fokus liegt hierbei nicht auf den Katzen als solches, sondern auf den Schutz der Bevölkerung vor moralischen und hygienischen Zumutungen durch diese Tiere. Dieser Punkt erhält dadurch Gewicht, dass sich der Einzelne gegen diese Belästigungen nur sehr schwer schützen kann. Katzen agieren grundsätzlich ortsgebunden, überwinden problemfrei Grundstückseinfriedungen und lassen sich nur schwer vertreiben. Es ist anzunehmen, dass derartige Belästigungen durch eine weiterhin wachsende Katzenpopulation zunehmen werden.

4. Dezimierung der Singvogelpopulation

Katzen stellen Beutegreifer dar. Das Anpirschen und Ergreifen der Beute dient neben dem Nahrungserwerb auch dem Ausleben des Spieltriebs und bei Jungkatzen dem Einüben des Jagdtriebs. Die Fachwelt erklärt, dass die hohe Katzendichte in städtischen und dörflichen Randbereichen bei bestandsgefährdeten Vogelarten entscheidend zum Erlöschen lokaler Singvogel-Populationen beiträgt.

Der Bestand an gänzlich verwilderten oder über Futterangebote an den Menschen gewöhnter, aber ansonsten frei lebender nicht kastrierter Katzen wird durch Freigängertiere oder durch Nachkommen, für die kein Tierhalter verantwortlich zeichnet, quantitativ nicht nur gehalten, sondern gesteigert. Durch das Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für freilaufende, in Obhut des Menschen gehaltene Katzen, ist eine Verringerung der Katzenpopulation anzunehmen und eine Zuordnung der Tiere zu verantwortlichen Haltern bzw. Überprüfung der Kastration möglich. Das Gebot stellt ein geeignetes und erforderliches Mittel dar, um sowohl die eingangs geschilderten Probleme der Gemeinde Rastede und des Tierschutzvereins zu reduzieren, als auch den vorstehend zu Ziffer 1 bis 4 dargestellten abstrakten Gefahren zu begegnen.

Eine flächendeckende Kastration auf freiwilliger Basis ist nicht zielführend. Dies zeigt sich daran, dass die Kennzeichnung und Kastration ihrer Tiere von sehr vielen Katzenhaltern bislang nicht umgesetzt wurde. Es ist daher anzunehmen, dass das Erfordernis der Kennzeichnung und Kastration von vielen Verantwortlichen - noch - nicht gesehen wird.

Soweit Hauskatzen so gehalten werden, dass sie nicht ins Freie gelangen können, bedürfen diese Tiere keiner Kastration. Diesem Sachverhalt wird durch die Formulierung des Kennzeichnungs- und Kastrationsgebotes ausreichend Rechnung getragen. Weiterhin werden Ausnahmetatbestände für die Zucht von Rassekatzen und zur Regelung von einzelfallbezogenen Sachverhalten in die Verordnung implementiert.

Das Kastrations- und Kennzeichnungsgebot verstößt nicht gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen. Aus veterinärmedizinischer Sicht ist die Kastration ab dem Ende des 3. Lebensmonats möglich. Die Geschlechtsreife der Tiere kann ab dem 5. Lebensmonat eintreten, sodass ab diesem Zeitpunkt eine Kastration spätestens erfolgen sollte. Die Frühkastration wird von vielen Organisationen und Behörden (z. B. der Bundestierärztekammer, der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz e. V., dem Tierschutzverein Ammerland e. V., dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, dem Niedersächsischen Städtetag, dem Niedersächsischen Landkreistag) mitgetragen. Des Weiteren wurde das Kastrations- und Kennzeichnungsgebot bereits von verschiedenen Kommunen (z. B. der Stadt Delmenhorst) umgesetzt.

Der Vollzug der Verordnung kann sich aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen schwierig gestalten. So dürfte beispielsweise die Klärung der Eigentümerfeststellung bzw. Haltereigenschaft von nicht kastrierten Katzen-Freigängern nicht immer möglich sein. Weiterhin muss auch immer in Erwägung gezogen werden, dass aufgegriffene Katzen ausnahmsweise entlaufen sein könnten und damit keine Freigänger im Sinne der Verordnung sind. Schließlich wird anzunehmen sein, dass Personen, die Katzen regelmäßig „nur“ füttern, sich nicht die Mühe machen werden, den Status der Tiere festzustellen bzw. Katzen auf eigene Kosten kastrieren zu lassen. Allerdings ist festzuhalten, dass - auch wenn nicht in jedem Einzelfall eine Beordnung des Sachverhaltes möglich sein wird - sich aufgrund der geringeren Katzendichte die Wahrscheinlichkeit des Eintritts der oben beschriebenen abstrakten Gefahren reduzieren dürfte. Der Erlass der Verordnung ist daher auf jeden Fall zielführend.

Die Kosten der Kennzeichnung und Kastration werden grundsätzlich von den Tierhaltern getragen. Für die Kennzeichnung mittels Chip liegen die Kosten bei Verwendung einer preiswerten Alternative bei ca. 20 bis 25 Euro je Stück. Die Kosten für die Tätowierung belaufen sich auf ca. 5 €. Von den Tierschutzvereinen wird nach wie vor das Tätowieren favorisiert, da sonst die Kosten für die Abgabetierviere zu hoch würden. Die Verordnung sieht alternativ die Kennzeichnung mit einem Chip oder die Tätowierung des Tieres vor.

Hinsichtlich der sonstigen Kosten für eine Kastration erfolgt zurzeit noch eine Abstimmung durch den Landkreis mit den Tierärzten im Ammerland.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Umsetzung und Durchführung der Verordnung erfordert personelle Ressourcen in noch nicht quantifizierbarem Umfang. Des Weiteren fallen geringe Kosten für Chiplesegeräte an. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass das Thema „Katzen“ auch ohne Vorliegen einer Verordnung beordnet werden müsste und somit Kosten verursachen würde. Die Entlastungseffekte durch die voraussichtlich verringerte Fallzahl bedingt durch die reduzierte Katzenpopulation sind ebenfalls nicht zu quantifizieren. Aufgrund der Zusatzkosten für das Chippen ist mit höheren Kosten bei den Fundkatzen in ebenfalls noch nicht quantifizierbarem Umfang zu rechnen.

Anlagen:

Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen im Gebiet der Gemeinde Rastede, die sich außerhalb der Wohnungen ihrer Halter frei bewegen

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2011/112

freigegeben am 20.06.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 20.06.2011

Entwicklung des Haushaltes 2011

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	05.07.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	05.07.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung über die Entwicklung des Haushalts 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Der Haushaltsplan 2011 wurde vom Rat am 13.12.10 beschlossen, nachdem im Herbst 2010 die Haushaltsplanung für das Jahr begonnen und abgeschlossen wurde.

Bereits am 08.02.2011 hat der Rat eine erste Nachtragshaushaltsplanung beschlossen, um den rechtlichen Erfordernissen an eine Haushaltssatzung und an die Haushaltsplanung gerecht zu werden.

Der Nachtragshaushaltsplan berücksichtigte neue Erkenntnisse für den Ergebnishaushalt nicht, weil wegen des Ausmaßes der Änderungen eine gesetzliche Notwendigkeit für eine Überplanung des Ergebnishaushalts nicht bestanden hat.

Die Entwicklung des Ergebnishaushalts kann noch nicht aufgezeigt werden, weil die erste Eröffnungsbilanz noch nicht vorliegt und demzufolge Aussagen über Abschreibungen nicht getroffen werden können. Eine Aussage zum Liquiditätshaushalt ist aber möglich. Die Entwicklung sieht wie folgt aus:

Bereich laufende Verwaltung:

	Aufträge 2011 (Stand 23.05.11)	Ist 2011	Gesamt 2011	Planzahl. 2011	Erledigung	
					Mit Aufträgen	Ist
Bereich laufende Verwaltung						
Einzahlungen	-4.532.391,55	-11.282.903,68	-15.815.295,23	-22.258.569,00	71,1	50,7
Auszahlungen	2.455.206,80	10.583.794,71	13.039.001,51	21.874.730,00	59,6	48,4
Saldo	-2.077.184,75	-699.108,97	-2.776.293,72	-383.839,00		

Die bisherigen Auszahlungen sind nicht gekennzeichnet durch Besonderheiten. Die Ausführung des Haushaltsplanes entspricht den Erwartungen und den Planungen.

Die Einnahmen nehmen eine positivere Entwicklung als dies geplant war. Verantwortlich hierfür sind die allgemeinen Deckungsmittel; siehe dazu die Ausführungen weiter unten.

Bereich Investitionen:

	Aufträge 2011 (Stand 23.05.11)	Ist 2011	Gesamt 2011	Planzahl. 2011	Erledigung	
					Mit Aufträgen	Ist
Bereich Investitionen						
Einzahlungen	-39.075,79	-1.494.198,92	-1.533.274,71	-5.315.435,00	28,8	28,1
Auszahlungen	2.008.916,46	2.522.522,63	4.531.439,09	9.793.161,00	46,3	25,8
Saldo	1.969.840,67	1.028.323,71	2.998.164,38	4.477.726,00		

Berücksichtigt man bei den Auszahlungen die Auftragssituation, dann entspricht dies den Erwartungen an der Durchführung der investiven Maßnahmen.

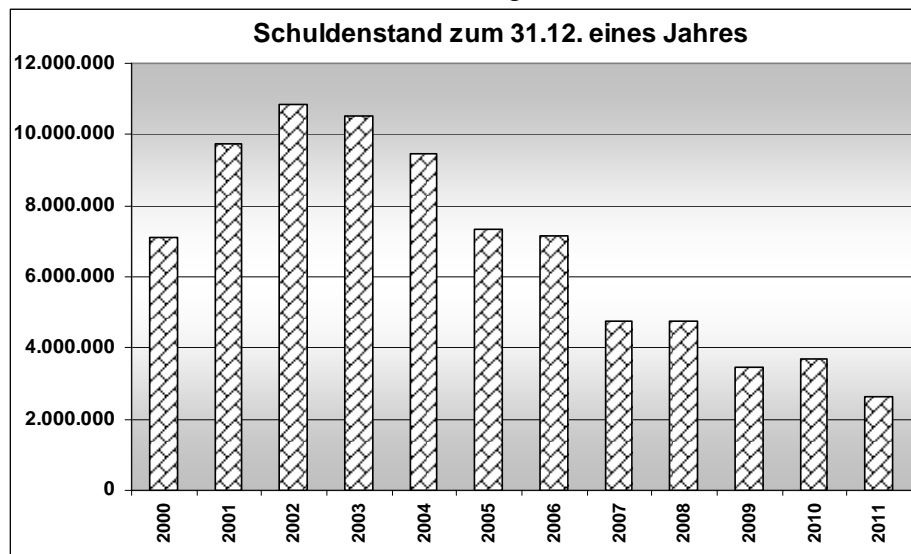
Die Einzahlungen sind bisher noch geringfügig. Den größten Anteil an den Einzahlungen im Investitionsbereich haben der Verkauf von Grundstücken (Kaufpreise, Beiträge) und Straßenausbaubeiträge. Der Zeitpunkt des Verkaufs von Grundstücken lässt sich kaum planen; die weitere Entwicklung im Haushaltsjahr muss abgewartet werden.

Bereich Finanzierung:

	Aufträge 2011 (Stand 23.05.11)	Ist 2011	Gesamt 2011	Planzahl. 2011	Erledigung	
					Mit Aufträgen	Ist
Bereich Finanzierung						
Einzahlungen		-64.700,00	-64.700,00	-5.846.710,00	1,1	1,1
Auszahlungen		1.342.822,50	1.342.822,50	1.752.823,00	76,6	76,6
Saldo		1.278.122,50	1.278.122,50	-4.093.887,00		

Der Bereich Finanzierung wird ausgefüllt durch die Schuldenverwaltung. Planerisch berücksichtigt er die in der Haushaltssatzung veranschlagte Neuverschuldung. Die in der Tabelle ersichtliche hohe Auszahlungssumme ist ausschließlich der Tilgung des letzten Kreditmarktdarlehens geschuldet.

Aktuell sieht der Schuldenstand wie folgt aus:



Der vorstehend ersichtliche Schuldenstand enthält nur die zinslosen Darlehen aus der Kreis-schulbaukasse.

Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel:

Die nachstehende Tabelle saldiert die maßgeblichen Deckungsmittel und Umlagen.

	2010		2011			
	Ansatz	Stand	Ansatz	Stand 15.06.11		
Grundsteuer A	138.000	143.467,00	143.000	143.549,99	Lt. Steuersch. 05/11	Differenz
Grundsteuer B	2.245.000	2.239.382,00	2.245.000	2.257.588,90		
Gewerbesteuer	5.600.000	7.378.439,00	6.350.000	6.374.609,18		
Einkommensteuerbet.	4.500.000	4.977.509,00	4.660.000	4.660.000,00		
Umsatzsteuerbet.	421.600	428.239,00	434.000	434.000,00		
Vergnügungssteuer	23.500	23.008,00	23.000	35.339,00		
Hundesteuer	53.000	53.805,00	53.000	55.505,97		
Schlüsselzuweisungen	2.540.926	2.613.105,00	1.852.800	2.245.559,00		
Zusch. übertr. WK	336.178	341.344,00	340.200	345.648,00		
Summe	15.858.204	18.198.298,00	16.101.000	16.551.800,04		

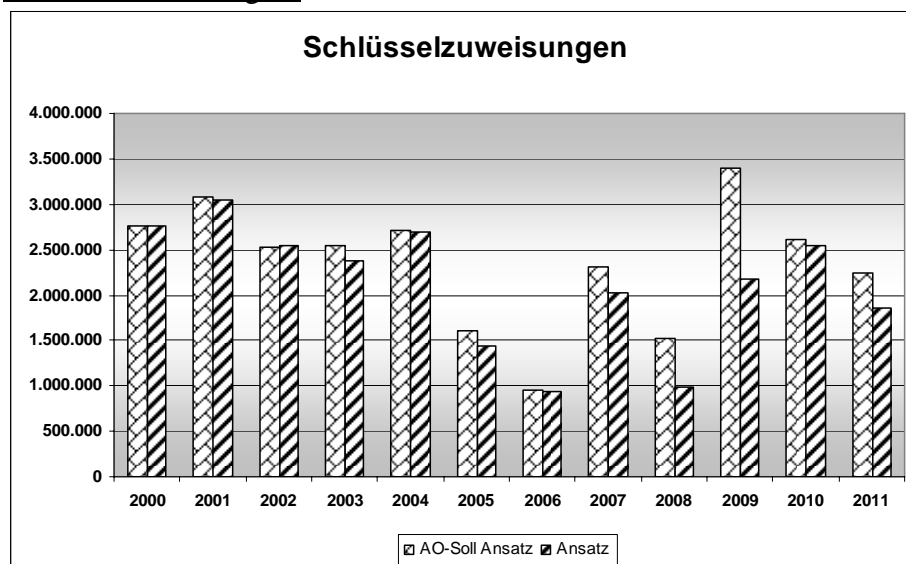
Gewerbesteuerumlage	1.282.581	1.721.000,00	1.455.000	1.454.354,00
Kreisumlage	5.462.864	5.487.550,00	5.659.000	5.248.261,00
Anteil Schulfinanzierung			-879.000	-814.862
Anteil Konzessionsabgabe			358.000	331.469
Kreisumlage für HHPlan			5.138.000	4.765.000
Summe	6.745.445	7.208.550,00	6.593.000	6.219.354,00

Saldo	9.112.759	10.989.748,00	9.508.000	10.332.446
Saldo Haushaltsplanung - HHEntwicklung Juni 2011:				395.241
zzgl. Einkommensteuer lt. Steuerschätzung:				231.824
Mögliche Mehreinnahme gegenüber HHPlanung:				627.065

Der vorstehende Überschuss in Höhe von 627.065 Euro ist ein theoretischer Wert, dessen Verwirklichung davon abhängt, ob das mit der Mai-Steuerschätzung prognostizierte Steuer-aufkommen tatsächlich erreicht wird und ob die Gewerbesteuerveranlagung für dieses Jahr Bestand haben wird.

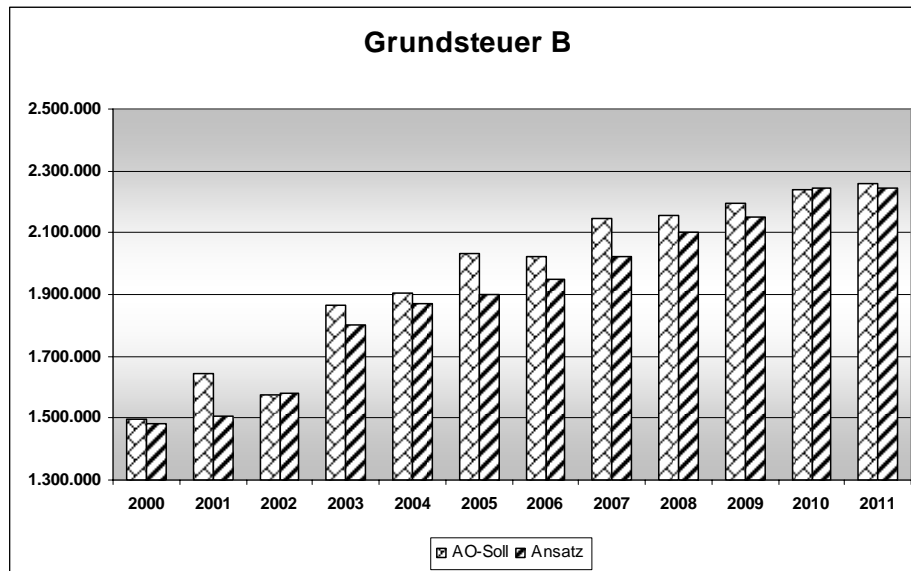
Im Einzelnen:

Schlüsselzuweisungen:



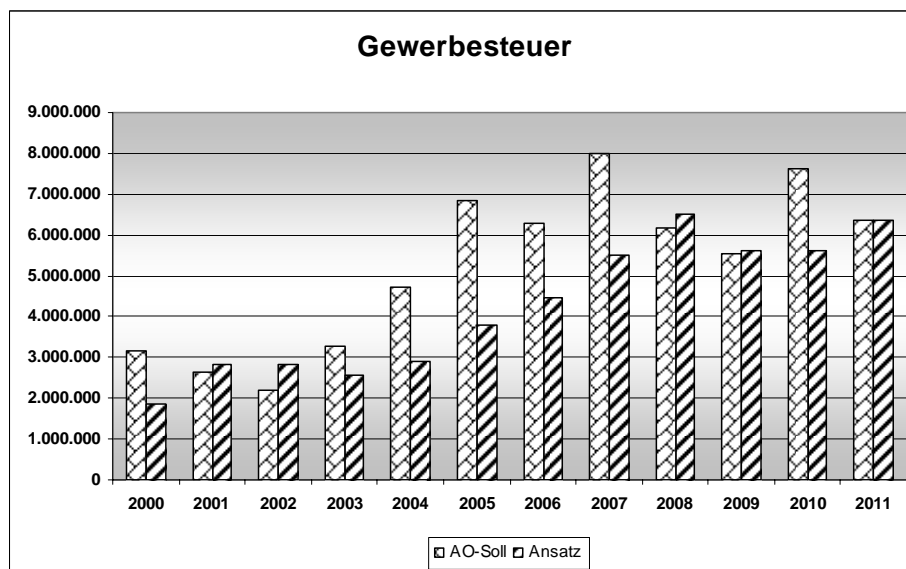
Im Zeitpunkt des Beschlusses über den Haushaltsplan waren die entscheidenden Daten für die Schlüsselzuweisungen nicht bekannt. Wie oben bereits ausgeführt, wurde die Mehreinnahme im ersten Nachtragshaushaltsplan nicht veranschlagt, weil der Nachtrag den Ergebnishaushalt nicht überplant hat.

Grundsteuer B:



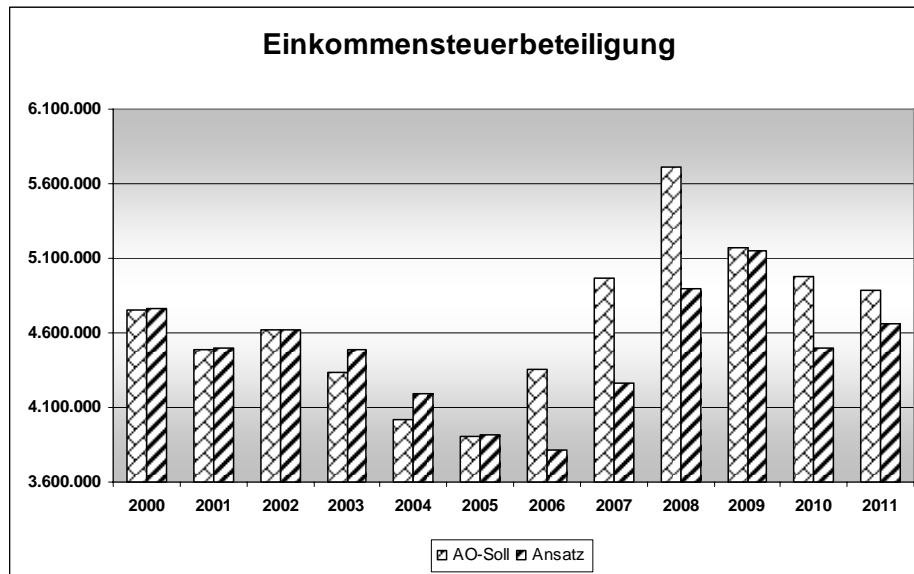
Die Jahresveranlagung der Grundsteuer B zeigt, dass die Veranschlagung leicht überschritten wird. Weil es sich hier um eine sehr sichere Einnahme handelt, dürfte die am Jahresanfang durchgeführte Veranlagung das hier prognostizierte Ergebnis realisieren lassen.

Gewerbesteuer:



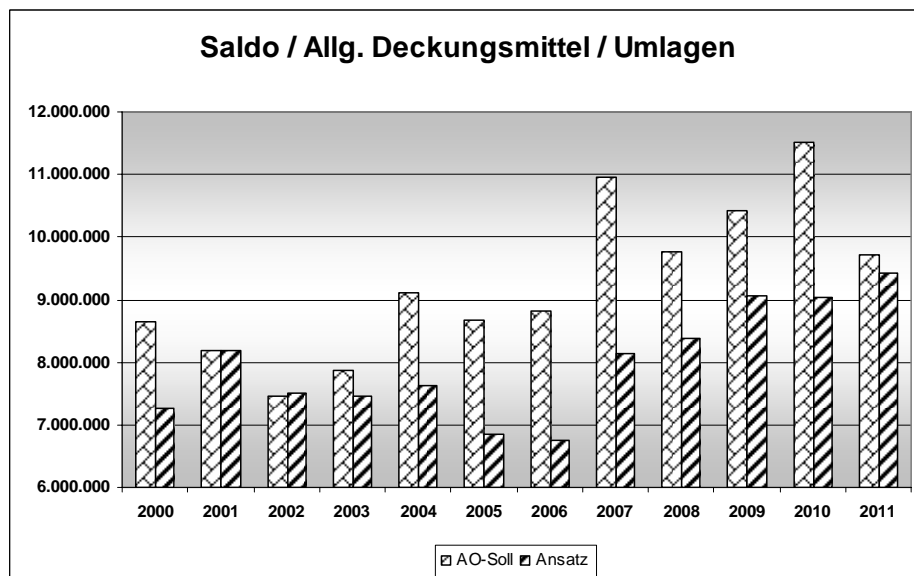
Die Gewerbesteuer ist immer sehr schwer zu kalkulieren. Die Veranlagung im Zeitpunkt dieses Berichtes liegt recht genau im Bereich der Zielvorstellungen.

Einkommensteuerbeteiligung:



Trifft die Prognose der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres zu, dann wird die Gemeinde Mehreinnahmen in Höhe von 230.000 Euro verzeichnen können.

Saldo Allgemeine Deckungsmittel - Umlagen



Die Umlagen berücksichtigen die Kreisumlage und die Gewerbesteuerumlage. Unter Auslassung der Einkommensteuerbeteiligung rechnet die Verwaltung mit einer Mehreinnahme in Höhe von 395.241 Euro, wobei der Risikofaktor bei der Gewerbesteuer liegt.

Von den Mehreinnahmen wurden bereits 199.000 Euro für überplanmäßige Aufwendungen verwendet. Diese Aufwendungen betreffen insbesondere Baumaßnahmen bei der KGS, Bauleitplanungsarbeiten in Hankhausen, Kosten der Erschließung im Bebauungsplangebiet 59 - Leuchtenburg und Tiefbauarbeiten auf dem Turnierplatz.

Kassenliquidität:

Kassenkredite mussten bisher nicht in Anspruch genommen werden und werden in unmittelbarer Zukunft nicht benötigt. Der Kassenbestand beläuft sich am 20.06.11 auf 3,9 Mio. Euro.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/109A

freigegeben am 22.06.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 22.06.2011

Anstalt öffentlichen Rechts "Ausschreibungsverbund Ammerland"

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

05.07.2011

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Rastede beteiligt sich auf der Grundlage der bisherigen Beschlussfassungen, der vorliegenden Beschlussempfehlung zu Ziffer 4 und 5 dieser Beschlussvorlage und unter Berücksichtigung der Arbeitsergebnisse der „Anstalt öffentlichen Rechts in Gründung“ an der Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) „Ausschreibungsverbund Ammerland“
 - mit dem Ziel eines Beteiligungsmodells und eines darin integrierten Konzessionsvertrages;
 - sofern sich eine Mehrheit auf der Basis von Ziffer 5 des Beschlusses nur für eine Konzessionsvertragslösung ausspricht, wird dieser Weg gemeinsam mit verfolgt.
2. Eine Beteiligung an der AöR erfolgt nur unter der Voraussetzung, dass wenigstens vier weitere Gemeinden / Stadt zur Verfügung stehen; anderenfalls wird eine gemeinsame Lösung im Hinblick auf den Neuabschluss der Konzessionsverträge nicht weiter verfolgt.
3. Eine gemeinsame Lösung wird auch dann nicht weiter verfolgt, wenn bis zum 15.07.2011 keine der unter Ziffer 1 genannten Alternativen den Beteiligungsumfang von mindestens fünf Gemeinden / Stadt aufweist.
4. Der Errichtungsvertrag (vgl. Anlage 1 zu dieser Vorlage) zur Gründung der AöR wird beschlossen.
5. Der auf der Grundlage der bisherigen Beratungen und Beschlussempfehlungen insoweit konkretisierte Satzungsentwurf (vgl. Anlage 2 zu dieser Vorlage) wird beschlossen. Insbesondere wird
 - a) auch eine Minderheitsbeteiligung im Rahmen eines Beteiligungsmodells nicht ausgeschlossen;
 - b) einer Entkopplung von Haupt- / Nebenangebot(en) mit dem Ziel einer verbesserten Angebotsgrundlage zugestimmt.

Sach- und Rechtslage:

Beschlussauszug nicht öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 21.06.2011

Tagesordnungspunkt 15

Anstalt öffentlichen Rechts "Ausschreibungsverbund Ammerland"
Vorlage: 2011/109

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel erläutert anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, ergänzend zur Beschlussvorlage den gegenwärtigen Sachstand und weist insbesondere darauf hin, dass nach derzeitigem Erkenntnisstand neben der Gemeinde Rastede noch die Gemeinden Apen, Edewecht und Wiefelstede die von Rastede favorisierte Beteiligungslösung mittragen, während in Westerstede alles auf einen reinen Konzessionsvertrag hinausläuft und Bad Zwischenahn sich vermutlich nur eine Beteiligungslösung ohne Eigenkapital vorstellen kann. Er macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass sofern es bei dieser Konstellation beziehungsweise Beschlusslage bleibt, alles darauf hinausläuft, dass die Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) allein zum Abschluss eines Konzessionsvertrages legitimiert wäre.

Im weiteren Verlauf werden einige Verständnisfragen gestellt und von Herrn Henkel ausführlich beantwortet.

Auf Nachfrage von Herrn Kramer bezüglich des Netzkaufpreises erläutert Herr Henkel, dass der Netzkaufpreis nicht höher sein darf als der Ertragswert aus dem Netzentgelt. Um diesbezüglich aussagekräftiges Zahlenmaterial zur Ermittlung des Kaufpreises zu erhalten, muss wie in großen Teilen Süddeutschlands schon erfolgt, möglicherweise der Klageweg beschritten werden.

Frau Reiners gibt zu verstehen, dass sich nach Möglichkeit alle Ammerland-Kommunen zur Verbesserung der Verhandlungsposition an der AöR beteiligen und zudem das favorisierte Beteiligungsmodell unterstützen sollten. Sie bitte die Verwaltung, noch einmal diesbezüglich Gespräche mit den Nachbarkommunen zu führen.

Herr Henkel weist darauf hin, dass die Verwaltung ständig mit den Ammerland-Kommunen in Kontakt ist, um das Ziel einer gemeinsamen Lösung noch erreichen zu können.

Herr Langhorst und Herr von Essen betonen, dass die Gemeinde Rastede explizit angetreten ist, um eine stärkere kommunale Beteiligung zu erzielen. Vor diesem Hintergrund ist es äußerst bedauerlich, dass nach derzeitigem Kenntnisstand nicht alle Kommunen weiter mitziehen, sodass die von der Gemeinde Rastede angestrebte Beteiligungslösung möglicherweise nicht zum Tragen kommt. Dessen ungeachtet sprechen sich beide dafür aus, das laufende Verfahren jetzt nicht auf halber Strecke abbrechen, sondern bis zum Ende durchzuführen.

Beschlussempfehlung:

1. Die Gemeinde Rastede beteiligt sich auf der Grundlage der bisherigen Beschlussfassungen, der vorliegenden Beschlussempfehlung zu Ziffer 4 und 5 dieser Beschlussvorlage und unter Berücksichtigung der Arbeitsergebnisse der „Anstalt öffentlichen Rechts in Gründung“ an der Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) „Ausschreibungsverbund Ammerland“
 - mit dem Ziel eines Beteiligungsmodells und eines darin integrierten Konzessionsvertrages;
 - sofern sich eine Mehrheit auf der Basis von Ziffer 5 des Beschlusses nur für eine Konzessionsvertragslösung ausspricht, wird dieser Weg gemeinsam mit verfolgt.
2. Eine Beteiligung an der AöR erfolgt nur unter der Voraussetzung, dass wenigstens vier weitere Gemeinden / Stadt zur Verfügung stehen; anderenfalls wird eine gemeinsame Lösung im Hinblick auf den Neuabschluss der Konzessionsverträge nicht weiter verfolgt.
3. Eine gemeinsame Lösung wird auch dann nicht weiter verfolgt, wenn bis zum 15.07.2011 keine der unter Ziffer 1 genannten Alternativen den Beteiligungsumfang von mindestens fünf Gemeinden / Stadt aufweist.
4. Der Errichtungsvertrag (vgl. Anlage 1 zu dieser Vorlage) zur Gründung der AöR wird beschlossen.
5. Der auf der Grundlage der bisherigen Beratungen und Beschlussempfehlungen insoweit konkretisierte Satzungsentwurf (vgl. Anlage 2 zu dieser Vorlage) wird beschlossen. Insbesondere wird
 - a) auch eine Minderheitsbeteiligung im Rahmen eines Beteiligungsmodells nicht ausgeschlossen;
 - b) einer Entkopplung von Haupt- / Nebenangebot(en) mit dem Ziel einer verbesserten Angebotsgrundlage zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen können im Hinblick auf das noch nicht absehbare Verhandlungsergebnis verständlicherweise nicht konkretisiert werden. Soweit jedoch die Anstalt öffentlichen Rechts gegründet werden würde, würden jedenfalls die bislang bekannten Größenordnungen anfallen, das heißt, Aufbringung des Stammkapitals für die Anstalt öffentlichen Rechts sowie Verfahrenskosten.

Anlagen:

1. Errichtungsvertrag
2. Satzungsentwurf